

Öffentliche Ausschreibung (VOB)

VGF/Stadt 173/26 - Barrierefreier Umbau der Straßenbahnhaltestelle Friedensbrücke (ehem. Stresemannallee/Gartenstraße) einschließlich Bahnsteig-, Straßen-, Verkehrssicherungs- und Lichtsignalanlagenbau

a) Name, Anschrift, Telefon-, Telefaxnummer sowie E-Mail-Adresse des Auftraggebers (Vergabestelle)

Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH (VGF)
Kurt-Schumacher-Str. 8
60311 Frankfurt am Main
Deutschland
+49 6921323300

vergabestelle@vgf-ffm.de

b) Gewähltes Vergabeverfahren

Öffentliche Ausschreibung [VOB]

c) Gegebenenfalls Auftragsvergabe auf elektronischem Wege und Verfahren der Ver- und Entschlüsselung

Die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge darf nur elektronisch erfolgen

d) Art des Auftrags

Bauleistung

e) Ort der Ausführung

60439 Frankfurt am Main

f) Art und Umfang der Leistung

Barrierefreier Umbau der Straßenbahnhaltestelle Friedensbrücke (ehem. Stresemannallee/Gartenstraße) einschließlich Bahnsteig-, Straßen-, Verkehrssicherungs- und Lichtsignalanlagenbau
Barrierefreier Umbau der Straßenbahnhaltestelle Friedensbrücke (ehem. Stresemannallee/Gartenstraße) einschließlich Bahnsteig-, Straßen-, Verkehrssicherungs- und Lichtsignalanlagenbau

Gegenstand der Ausschreibung ist der barrierefreie Umbau der Straßenbahnhaltestelle Friedensbrücke am Haltepunkt Stresemannallee der Linie 16 in Fahrtrichtung Offenbach Stadtgrenze. Die Maßnahme umfasst zunächst den vollständigen Rückbau des bestehenden Bahnsteigs. Anschließend wird ein neuer, barrierefreier Bahnsteig mit einer Länge von 30 m und einer Bahnsteigvorderkantenhöhe von 25 cm über Schienenoberkante (SOK) hergestellt.

Die Ausführung beinhaltet die erforderliche Rampenausbildung, den Einbau von Fundamenten, Bahnsteigkantensteinen, Pflasterbelägen sowie taktilen Leitelementen einschließlich der Anpassung an den vorhandenen Bestand.

Im Zuge des barrierefreien Ausbaus sind zudem umfangreiche Tiefbauarbeiten auszuführen. Hierzu gehören insbesondere die Verlegung von Kabelleerrohren, der Neubau von Kabelschächten sowie deren Anschluss an die bestehende Infrastruktur.

Die gesamte Bahnsteigausstattung wird erneuert und auf den aktuellen Standard der Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main (VGF) gebracht. Dies umfasst unter anderem die Installation einer dynamischen Fahrgastinformationsanlage (DFI), einer Wartehalle, von Abfallbehältern sowie weiterer Ausstattungs- und Informationselemente.

Darüber hinaus werden die an die Haltestelle angrenzenden Fußgängerfurten angepasst und barrierefrei ausgebaut. Die Maßnahmen umfassen die Herstellung bzw. Anpassung taktiler Leitsysteme sowie die Absenkung der Bordsteine gemäß den Anforderungen an die Barrierefreiheit.

Die bestehende Lichtsignalanlage (LSA) wird zurückgebaut, an einem neuen Standort errichtet und um akustische Signalgeber für sehbehinderte und blinde Menschen ergänzt.

Sämtliche Bauleistungen sind unter laufendem Straßenbahn- und Verkehrsbetrieb auszuführen. Die erforderliche Koordination und Abstimmung mit den am Projekt beteiligten Dritten, insbesondere den zuständigen Bereichen der VGF, der NRM, der SRM sowie den beteiligten städtischen Ämtern und weiteren Leistungsträgern, ist sicherzustellen.

Baubegleitende Leistungen Dritter sind innerhalb der vorgesehenen Bau- und Zwischentermine zu berücksichtigen.

Vergabe

Die Vergabe erfolgt in drei Aufträgen.

Los 1, Los 2 und Los 3 bilden einen Auftrag. Daher müssen die Lose 1, 2 und 3 zusammen angeboten werden. Davon abweichende Vergaben sind nicht vorgesehen. Die Aufteilung in Lose beruht auf VGF-Interna.

Los 4 und Los 5 sind unabhängig voneinander und werden einzeln vergeben.

g) Angaben über den Zweck der baulichen Anlage oder des Auftrags, wenn auch Planungsleistungen gefordert werden

h) Falls der Auftrag in mehrere Lose aufgeteilt ist, Art und Umfang der einzelnen Lose und Möglichkeit, Angebote für eines, mehrere oder alle Lose einzureichen

Losweise Ausschreibung: Ja

Angebote können abgegeben werden für: Bieter kann für ein oder mehrere Lose anbieten

Los-Nr. 1 Losname Los I - Baustelleneinrichtung

Beschreibung Rückbau bestehender Anlagen sowie Neubau von Geh- und Radwegen, Querungsstellen, Entwässerungsanlagen, Bordsteinanpassungen, Kabelleitungstiefbau und zugehörigen Oberbauarbeiten im nördlichen Baufeld.

Los-Nr. 2 Losname Los II - VGF Bahnsteig

Beschreibung Neubau eines barrierefreien Bahnsteigs (ca. 34 m Länge, 25 cm über Schienenoberkante) einschließlich Rampenanlagen, taktilem Blindenleitsystem, Fundamenten, Geländeranlagen sowie der Ausstattung mit Wartehalle, dynamischer Fahrgastinformation (DFI), Lautsprecheranlage, Beleuchtung, Infovitrine und Abfallbehältern.

Los-Nr. 3 Losname Los III - Straße ASE

Beschreibung Herstellung und Erneuerung von Gehweg-, Radweg- und Querungsflächen, Oberbauarbeiten im Gleisnahbereich, Kabelleitungstiefbau, Grünflächenarbeiten sowie weitere Tiefbau- und Anpassungsarbeiten. Der Straßenbahnbetrieb wird während der Bauzeit aufrechterhalten. Kampfmittelbaubegleitung und Sicherungsposten im Gleisbereich sind Bestandteil der Leistungen.

Los-Nr. 4 Losname Los IV Verkehrssicherung & mobile LSA

Beschreibung Einrichtung und Betrieb der Verkehrssicherung während der Bauzeit einschließlich mobiler Lichtsignalanlage, temporärer Fußgängerschutzanlagen, Baustellenabsicherung nach RSA/ZTV-SA, provisorischer Fahrbahnmarkierungen und erforderlicher Beschilderungen.

Los-Nr. 5 Losname Los V - Umbau LSA STA2

Beschreibung Vollständige Erneuerung der Lichtsignalanlage einschließlich Steuergerät, Signalgebern, Masten, Detektionssystemen und Verkabelung. Der signaltechnische Tiefbau ist nicht Bestandteil dieses Loses. Die bestehende Verkabelung wird typengleich ersetzt und in die vorhandene Infrastruktur eingebunden. Der spätere Instandhaltungsvertrag wird mit dem Straßenverkehrsamt der Stadt Frankfurt am Main abgeschlossen.

i) Zeitpunkt, bis zu dem die Bauleistungen beendet werden sollen oder Dauer des Bauleistungsauftrags; sofern möglich, Zeitpunkt, zu dem die Bauleistungen begonnen werden sollen

Von: 31.08.2026 Bis: 05.03.2027

Los IV: Ausführungsbeginn: spätestens 31.08.2026

Los V: Ausführungsbeginn: spätestens 31.08.2026 Ausführungsende: in Abhängigkeit vom Baufortschritt

Los I: Ausführungsbeginn: spätestens 02.09.2026 Ausführungsende: gemäß Bauphasenplanung

Los II: Ausführungsbeginn: spätestens 02.09.2026 Ausführungsende: gemäß Bauphasenplanung

Los III: Ausführungsbeginn/-ende: gemäß Bauphasenplanung

j) gegebenenfalls Angaben nach § 8 Absatz 2 Nummer 3 zur Nichtzulassung von Nebenangeboten

Nebenangebote sind nicht zugelassen

k) gegebenenfalls Angaben nach § 8 Absatz 2 Nummer 4 zur Nichtzulassung der Abgabe mehrerer Hauptangebote

Mehrere Hauptangebote sind nicht zulässig

l) Name und Anschrift, Telefon- und Telefaxnummer, E-Mail-Adresse der Stelle, bei der die Vergabeunterlagen und zusätzliche Unterlagen angefordert und eingesehen werden können; bei Veröffentlichung der Auftragsbekanntmachung auf einem Internetportal die Angabe einer Internetadresse, unter der die Vergabeunterlagen unentgeltlich, uneingeschränkt, vollständig und direkt abgerufen werden können; § 11 Absatz 7 bleibt unberührt

Die Auftragsunterlagen stehen gebührenfrei zur Verfügung unter:

<https://bieterzugang.deutsche-evergabe.de/evergabe/bieter/api/supplier/extermal/deeplink/subproject/0f842aba-ec9f-436e-85c7-15e52a14642d>

m) gegebenenfalls Höhe und Bedingungen für die Zahlung des Betrags, der für die Unterlagen zu entrichten ist

gebührenfrei

n) bei Teilnahmeantrag: Frist für den Eingang der Anträge auf Teilnahme, Anschrift, an die diese Anträge zu richten sind, Tag, an dem die Aufforderungen zur Angebotsabgabe spätestens abgesandt werden,

Teilnahme- oder Angebotsfrist:

Bindefrist:

o) Frist für den Eingang der Angebote und die Bindefrist

28.07.2026 10:00:00

28.08.2026

p) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind; gegebenenfalls auch Anschrift, an die Angebote elektronisch zu übermitteln sind

Elektronische Angebote sind einzureichen unter:
"https://www.deutsche-veergabe.de/Dashboards/Dashboard_off"

q) Sprache, in der die Angebote abgefasst sein müssen

Deutsch

r) die Zuschlagskriterien, sofern diese nicht in den Vergabeunterlagen genannt werden, und gegebenenfalls deren Gewichtung

Niedrigster Preis

s) Datum, Uhrzeit und Ort des Eröffnungstermins sowie Angabe, welche Personen bei der Eröffnung der Angebote anwesend sein dürfen

28.07.2026 10:00:00
Bieter sind nicht zugelassen.

t) gegebenenfalls geforderte Sicherheiten

Es ist eine Sicherheit für die Vertragserfüllung in Höhe von 5 % der Auftragssumme (inkl. Umsatzsteuer ohne Nachträge) zu leisten, wenn die Auftragsdatei 250.000,00 Euro überschreitet.
In diesem Fall gilt: Nach erfolgter Abnahme ist bis zum Ablauf der Verjährungsfrist für Mängelansprüche Sicherheit für Mängelansprüche zu leisten. Die Sicherheit für Mängelansprüche beträgt 3 % der Abrechnungssumme inkl. Umsatzsteuer zum Zeitpunkt der Abnahme.

u) wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Hinweise auf die maßgeblichen Vorschriften, in denen sie enthalten sind

Zahlungsbedingung: Skonto zugelassen, Zahlbarmachung innerhalb von 14 Tagen, innerhalb von 30 Tagen netto.

v) gegebenenfalls Rechtsform, die die Bietergemeinschaft nach der Auftragsvergabe haben muss

Bietergemeinschaften (BIGE) haben mit ihrem Angebot eine von allen Mitgliedern unterschriebene rechtsverbindliche Erklärung abzugeben, dass sie im Falle der Auftragserteilung eine Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter bilden und alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften ("Bietergemeinschaftserklärung").

w) verlangte Nachweise für die Beurteilung der Eignung des Bewerbers oder Bieters

Der Bewerber/Bieter weist seine Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit (Eignung) gemäß § 6a VOB/A nach.
Nachzuweisen sind folgende Kriterien: = Auflistung der im konkreten Einzelfall geforderten Eignungskriterien, aus dem Katalog des § 6a Abs. 2 VOB/A. Regelmäßig werden Formblätter vorgegeben.
Zuverlässigkeit im Sinne von § 6a VOB/A:
Handelsregistereintragung, soweit das Unternehmen eintragungspflichtig ist; Nichtvorliegen der Ausschlussgründe nach § 21 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz, § 21 Arbeitnehmerentendegesetz und § 19 Mindestlohngesetz
Zur wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit:
Die Eignung setzt dabei folgendes voraus:
Die Vergabe erfolgt in drei Aufträgen.
Los 1, Los 2 und Los 3 bilden einen Auftrag. Daher müssen die Lose 1, 2 und 3 zusammen angeboten werden. Davon abweichende Vergaben sind nicht vorgesehen. Die Aufteilung in Lose beruht auf VGF-Interna.
Gilt nur bei Angebotsabgabe für die Lose 1, 2 und 3 zusammengekommen:
Nachweis eines Umsatzes von mindestens 1.500.000,00 € pro Jahr im Tätigkeitsbereich der ausgeschriebenen Leistungen jeweils für die Geschäftsjahre 2023, 2024 und 2025.
Zur technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit:
Je angebotenerm Los sind mindestens drei vergleichbare Maßnahmen aus den letzten fünf Kalenderjahren nachzuweisen.
-Eigenerklärung zur Akzeptanz von Ausführungsbedingungen zur Versicherungspflicht und Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Aufträgen nach dem Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz (HVTG)
-Eigenerklärung zur Beachtung und Einhaltung der Verordnung zur Einführung einer Ersatzbaustoffverordnung, zur Neufassung der Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung und zur Änderung der Deponieverordnung und der Gewerbeabfallverordnung
-Verpflichtungs- und Eigenerklärung zu unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten unter Berücksichtigung der Vorgaben des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG)
-Eigenerklärung zur Einhaltung der Sanktionen gegen Russland
-Allgemeine Vertraulichkeitserklärung zum Vergabeverfahren der Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH
-Kalkulationsblatt EFB 221 oder EFB 222
Beim Einsatz von Nachunternehmern hat der Bieter ein Verzeichnis über deren Leistungen (Art und Umfang) mit dem Angebot einzureichen (103 HVA-B Vorlage Unterauftragnehmer-Nachunternehmerleistungen).
Bietergemeinschaften (BIGE) sind zugelassen: die Nachweise der technischen Leistungsfähigkeit (Fachkunde) müssen von dem Partner der BIGE vorgelegt werden, der das jeweilige Gewerk später ausführt. Die Nachweise zur

wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und zur Zuverlässigkeit sind von jedem Mitglied individuell vorzulegen. Der Nachweis der Eignungskriterien kann – soweit darin enthalten – durch die vom öffentlichen Auftraggeber direkt abrufbare Eintragung in die allgemein zugängliche Präqualifizierungsdatenbank (amtliches Verzeichnis) für den Baubereich (PQ-VOB, HPQR) geführt werden.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl ist beim Einsatz von Nachunternehmern der o.g. Nachweis der Eignung auch für die vorgesehenen Nachunternehmer wie beschrieben zu führen.

Bei öffentlichen Ausschreibungen behält sich der öffentliche Auftraggeber vor, vor Zuschlagserteilung den Bieter und die Nachunternehmer, an die er den Auftrag vergeben will und die bislang nur eine Eigenerklärung als vorläufigen Nachweis vorgelegt haben oder auf hinterlegte Angaben im Präqualifikationsverzeichnis verwiesen haben, aufzufordern, die einschlägigen Nachweise unverzüglich zur Prüfung beizubringen.

Vertragsstrafen

Vertragsstrafen (§ 11 VOB/B) Vertragsstrafen werden vereinbart.

Bei vom Auftragnehmer zu vertretender Überschreitung der Vertragsfristen hat dieser gemäß § 11 VOB/B für jeden Werk- bzw. Kalendertag, um den eine Frist überschritten wird, folgende Vertragsstrafe(n) zu zahlen:

Bei Überschreitung der Frist 05.03.2027 für die Vollendung der Ausführung 0,2 % je Werktag der im Zuschlagsschreiben genannten Auftragssumme (netto).

Urkalkulation

Die Bieter sind verpflichtet, die Urkalkulation ihrer Angebote vor Erteilung des Zuschlags im Falle einer Preisprüfung auf Anforderung des Auftraggebers an diesen herauszugeben. Der Auftraggeber kann auch von dem Auftragnehmer die Übergabe der Urkalkulation in einem verschlossenen Umschlag oder in elektronischer Form, unmittelbar nach Zuschlagserteilung verlangen. Es besteht für den Auftragnehmer die vertragliche Verpflichtung eine Urkalkulation auf Verlangen vorzulegen. Es gilt § 16 HVTG.

Versicherungspflicht

Im Falle der Auftragserteilung, verpflichtet sich der Auftragnehmer für den Zeitraum seiner Leistungsverpflichtung eine Haftpflichtversicherung als Versicherung gegen Personen-, Sach- und Vermögensschäden (Betriebshaftpflicht-Versicherung) sowie für Risiken nach dem Umwelthaftungsgesetz (Anlagen, Rest- und Regressrisiko/ Umwelthaftpflicht-Versicherung) und dem Umweltschadengesetz (Biodiversität/Umweltschäden-Versicherung) aufgrund oder im Zusammenhang mit der Durchführung des Vertrages sowie ggf. eine Bauleistungsversicherung in ausreichender Höhe abzuschließen und nachzuweisen.

Die Deckungssumme der Betriebs- und Umwelthaftpflicht-Versicherung muss mindestens jeweils EUR 5 Mio. pauschal für Personen- und Sachschäden sowie EUR 100.000 für Vermögensschäden je 2-fach maximiert p.a. (für Betriebshaftpflichtversicherung) bzw. EUR 5 Mio. für Personen-/ Sach- und mitversicherte Vermögensschäden, 1-fach maximiert p.a. (Umwelthaftpflichtversicherung) betragen.

Die Vergabeunterlagen enthalten Dokumente, die zur Wahrung der Vertraulichkeit erst nach Rücksendung des unterschriebenen Vergabedokuments "Vertraulichkeitserklärung" über die Bieterkommunikation, an den Bieter verschickt werden. Diese vertraulichen Dokumente enthalten wichtige Informationen und sollten vor Einreichung des Angebotes von den Bietern gesichtet werden.

x) Name und Anschrift der Stelle, an die sich der Bewerber oder Bieter zur Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen Vergabebestimmungen wenden kann

-Vergabekammern des Landes Hessen bei dem Regierungspräsidium Darmstadt-
Dienstgebäude: Wilhelminenstraße 1- 3
64283 Darmstadt

Tel.:+49 6151126603

Fax:

09.07.2026